



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Krisis

Bülow, Bernhard W. von
Berlin, 1922

4. Die Haltung der Dreiverbandsmächte

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73645](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73645)

Diese Blankovollmacht, die sich heute als verhängnisvoll darstellt, erschien uns damals in Wien in der Entwicklung der Ereignisse nach dem Attentat durchaus nicht als zu weitgehend, sondern als etwas selbstverständliches, ja sogar als das mindeste, was Deutschland tun konnte. Unser Haupteindruck war, daß Österreich-Ungarn, dessen Balkanpolitik ich keineswegs gutheißen will, durch die großserbische Propaganda in seiner Existenz bedroht war, und daß Deutschland den Bundesgenossen, der ihm Beweise seiner Treue (Algeciras, Haag, Ischl) gegeben hatte, nicht im Stiche lassen könne. Eine gewisse Scheu, auf die Erwägungen und Beschlüsse der österreichisch-ungarischen Regierung einzuwirken, entsprach der grundsätzlichen Enthaltung der Einmischung, welche durch die große Empfindlichkeit der österreichischen wie der ungarischen Staatsmänner und der öffentlichen Meinung in Österreich-Ungarn geboten war. (Beilage 1, S. 55.)

Gewiß, der Hochmut und die Empfindlichkeit der Hofburgkreise waren ungeheuer. Auch werden diese Wiener Herren wohl geltend gemacht haben, daß sie sich auf Balkanfragen besser verstünden und schon Ruhe schaffen würden, wenn man ihnen nur freie Hand ließe. Das genügt aber nicht als Erklärung. Entweder schenkte man in Berlin der Wiener Regierung ein unbegreifliches und ganz unverdientes Vertrauen, oder man sah den Bundesgenossen als so schwach an, daß sein größter Aufwand an Energie nur eben dem gedachten Zweck genügen werde. Frühere Erfahrungen mögen auch gelehrt haben, daß man am Ballhausplatz wohl gerne große Worte machte, ihnen aber nicht die entsprechenden Handlungen folgen ließ. Tatsächlich war ja auch zuerst von einer völligen Aufteilung Serbiens die Rede (Deutsche Dokumente Nr. 18), während schließlich aus eigenem Antriebe Verzicht auf Annexionen ausgesprochen wurde — wenigstens Berlin gegenüber (Deutsche Dokumente Nr. 94). Auf jeden Fall ist aber diese Passivität der deutschen Regierung und die gleichmütige Aufnahme aller beunruhigenden Nachrichten aus Wien unbedingt zu verurteilen. Es war vom ersten Tage an klar, daß die Folgen des österreichisch-ungarischen Vorgehens uns treffen mußten. Es war damit zu rechnen, daß die ganze Last der Kraftprobe, mochte sie mit diplomatischen oder militärischen Machtmitteln zum Austrag kommen, auf Deutschlands Schultern ruhen werde. Der Vertrauensbeweis, der der Wiener Regierung durch freies Gewährenlassen erbracht wurde, war ganz ungerechtfertigt einem Bundesgenossen gegenüber, der uns bereits einmal, 1906 in der bosnischen Frage, rücksichtslos überrumpelt hatte.

4. Die Haltung der Dreiverbandsmächte

Über die Haltung der Regierungen der Dreiverbandsmächte in der Zeit vor Überreichung des österreichisch-ungarischen Ultimatus ist aus naheliegenden Gründen wenig bekannt. Sie werden die Pressemeldungen über die Untersuchung in Sarajevo verfolgt haben und besaßen, wie bereits erwähnt, auch Berichte ihrer Wiener

Vertreter über den bevorstehenden, von aller Welt erwarteten Schritt in Belgrad. Sie kannten aber ferner, offenbar sehr viel besser als die Berliner Regierung, die russischen Versprechungen an Serbien. Die Alliierten und Assoziierten Mächte haben in Versailles in ihrer Note vom 16. Juni 1919 ausdrücklich erklärt, daß das deutscherseits vorgelegte Anklagematerial keine für sie neuen Tatsachen enthülle. Infolgedessen mußte sie die Zuspitzung der austro-serbischen Beziehungen mit Sorge erfüllen, wenn sie die Erhaltung des europäischen Friedens wünschten. War ihnen die Gelegenheit zum Kriege als eine günstige willkommen, dann lag es für sie von vornherein nahe, die Konstellation auszunutzen, um Deutschland in eine Falle zu locken. Der russischen Diplomatie war ihre Haltung bis zu einem gewissen Grade durch die Beschlüsse der Petersburger Konferenz vom 8./21. Februar 1914 vorgeschrieben. Es heißt in dem betreffenden Protokoll: „Einen günstigen politischen Boden (für die Operationen zur Besetzung der Meerengen während eines europäischen Krieges) vorzubereiten, bildet gegenwärtig die Aufgabe der zielbewußten Arbeit des Ministeriums des Äußern“. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß viele russische Politiker den Augenblick für diese Aktion gekommen sahen, als sich Österreich-Ungarn durch sein übermäßig schroffes Vorgehen gegen Serbien ins Unrecht setzte.

Die Ursache der Beunruhigung, die sich in England offenbarte, ist nicht darauf zurückzuführen, daß man befürchtete, Serbien könnte ein Unrecht geschehen. Man sah vielmehr, daß Österreich-Ungarns Vorgehen Rußland veranlassen werde, wegen seiner geheimen Versprechungen an Serbien einzuschreiten und unter nahezu allen Umständen einzugreifen. Buchanan telegraphierte auch bereits am 18. Juli aus Petersburg, Sasonow habe ihm unumwunden erklärt, ein Ultimatum Wiens an Belgrad könne Rußland nicht hinnehmen. Es werde vielleicht (schon damals!) zu vorbereitenden militärischen Maßnahmen greifen müssen (Oman, S. 18).*) Aus Pokrowskis Veröffentlichungen wissen wir, daß Grey in jener Zeit wiederholt im Sinne der Mäßigung auf Sasonow einzuwirken suchte, und daß er ihn besonders auf die Möglichkeit hinweisen ließ, daß die serbische Regierung nachlässig gewesen sei, und die Untersuchung in Sarajevo ergeben könnte, der Plan der Ermordung des Erzherzogs sei auf serbischem Gebiete ausgeheckt worden (Telegramm nach Petersburg vom 20. Juli, Oman, S. 18).

In seiner Unterredung mit dem deutschen Botschafter vom gleichen Tage (Deutsche Dokumente Nr. 92, Englisches Blaubuch

*) Bezeichnend für Sasonows späteres Verhalten ist, daß er am gleichen Tage dem österreichisch-ungarischen Botschafter gegenüber seinen Besorgnissen wegen der zu erwartenden Demarche in Belgrad nur sehr unbestimmten Ausdruck gab (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 25).

Nr. 1) sprach Grey von der Möglichkeit eines Krieges zwischen den Großmächten als Folge des austro-serbischen Konfliktes. Er sah eben die Gefahr, die in den russischen Versprechungen an Serbien lag, ohne aber den Grund seiner Befürchtungen anzugeben. Am gleichen Tage und dann wieder am 23. Juli (Oman, S. 19) sandte er nach Petersburg den Rat, sich mit Wien zu verständigen.

Solche Vorschläge fielen aber nicht auf günstigen Boden. Poincaré und sein Ministerpräsident und Minister des Äußeren Viviani befanden sich gerade damals in Petersburg. Über den Verlauf ihres Besuches ist durch die Erinnerungen Paléologue zum ersten Male der Öffentlichkeit Näheres bekannt geworden. Der ehemalige französische Botschafter schildert zunächst die Unterredung, die er am 20. Juli mit dem Zaren hatte, als beide dem französischen Präsidenten auf der russischen Kaiseryacht entgegenfuhren. (A. a. O., S. 233.) Paléologue brachte das Gespräch sogleich auf die Wahrscheinlichkeit eines nahen Krieges, dessen Urheber Deutschland sein werde. Mögen auch diese Memoiren vom Treppenwitz stark durchsetzt sein, so darf man immerhin als wahr ansehen, daß die Petersburger Festlichkeiten mit Gesprächen über den Krieg eingeleitet wurden. Der Mord von Sarajevo wird mit keinem Worte berührt. In diesen Erinnerungen wird er ganz übergangen. In diesem Falle sagte Paléologue dem Zaren sogar ausdrücklich: „Ich bin beunruhigt, obwohl ich im Augenblick keinen speziellen Grund habe, einen unmittelbar bevorstehenden Krieg vorherzusagen“. Dabei beschäftigten sich alle Kabinette Europas mit dem austro-serbischen Konflikt! Der französische Botschafter aber erklärte dem Zaren, Deutschlands allgemeine Haltung sei beunruhigend, seine Friedensliebe mehr als zweifelhaft. Es ist also bereits am 20. Juli — wenn nicht schon früher — planmäßig auf einen deutsch-russischen Konflikt hingearbeitet worden. Paléologue ist konsequent auf diesem Wege geblieben.

Poincaré landete am 20. Juli in Kronstadt und traf am 21. Juli in Petersburg ein. Die nun folgenden Festlichkeiten gaben Anlaß zu einer Reihe kriegerischer Kundgebungen, die Paléologue mit erstaunlicher Offenherzigkeit und großer Genugtuung aufzählt.

Am 21. Juli wurde das diplomatische Korps Poincaré vorgestellt. Dieser vermied es, dem deutschen Botschafter gegenüber ein politisches Thema zu berühren. Dem Engländer setzte er dagegen auseinander, wie notwendig es sei, den Dreiverband endlich in einen Dreibund umzuwandeln. Hierauf folgte jene merkwürdige Unterredung mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter, die bereits aus den Berichten von Szapary und Pourtalès bekannt war. (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 45, Deutsche Dokumente Nr. 131.) Mit seltener Taktlosigkeit verglich der Präsident die Untersuchung von Sarajevo, deren Ausgang er nicht kannte, mit

dem ergebnislosen Friedjungprozeß und dem Zwischenfall Prochaska. Ferner warnte er, „daß Serbien Freunde habe“ und daß durch die Forderung einer Sühne für den Mord von Sarajevo „eine für den Frieden gefährliche Situation entstehen würde“. Nach Paléologue (a. a. O., S. 238) hätte er sogar gedroht: „Serbien besitzt im russischen Volke einen sehr warmen Freund. Und Rußland hat einen Verbündeten, Frankreich. Daraus können sich die gefährlichsten Folgen ergeben!“ Diese Äußerungen zeigen jedenfalls, daß die russisch-französische Stellungnahme zum austro-serbischen Konflikte in Petersburg zur Erörterung gelangt war. Welches die Haltung der Franzosen gewesen ist, kann man daraus ersehen, daß Poincaré im Anschluß an sein Gespräch mit Szapary (am 21. Juli!) erklärte: „Sasonow muß fest bleiben, und wir müssen ihn unterstützen“. Auch zeichnete er bei diesem Empfang den Serben vor allen anderen Gesandten aus und stärkte ihn mit einigen Worten der Sympathie.

Über das Ergebnis der damaligen Petersburger Unterredungen ist nur das bekannt, was die französische Regierung im Gelbbuch (Nr. 22) zu veröffentlichen für gut fand. Danach wäre unter anderem vereinbart worden, gemeinsam einen Rat zur Mäßigung in Wien erteilen zu lassen und vor einer Bedrohung Serbiens zu warnen. Niemals hätte ein derartiger Schritt, der keine praktischen Vorschläge enthielt und keine Sicherheiten anbot, die angeblich beabsichtigte Wirkung haben können. Er gelangte anscheinend, weil verspätet, nicht zur Ausführung, jedoch berichtete Bunsen (am 23. Juli, siehe Oman, S. 18), daß der russische Geschäftsträger am 22. Juli beauftragt gewesen sei, freundschaftlich, aber bestimmt, Österreich-Ungarn davor zu warnen, an Serbien eine Note zu richten, die letzteres nicht ohne Demütigung annehmen könne. Auch der französische Botschafter sprach an diesem Tage auf dem Ministerium des Äußeren in Wien vor. Dieser Schritt erfolgte offenbar auf Grund von Weisungen aus Paris und stand deshalb möglicherweise mit dem russischen in Zusammenhang (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 53, Französisches Gelbbuch Nr. 20).

Der „unversöhnliche Haß Sasonows gegen Österreich-Ungarn“ und sein frühzeitiges Bestreben, die Ergebnisse der Untersuchung in Sarajevo in Zweifel zu ziehen, waren der deutschen Regierung aus der Berichterstattung ihres Botschafters in Petersburg (Deutsche Dokumente Nr. 53) bekannt. Die Erklärung des Ministers an Portalès, „Rußland würde einen Schritt in Belgrad, der es auf eine Erniedrigung Serbiens absehe, nicht gleichgültig hinnehmen können“, und seine Äußerung zum italienischen Botschafter, „Rußland würde es nicht dulden können, daß Österreich Serbien gegenüber eine drohende Sprache führe oder militärische Maßnahmen treffe“, gelangten aber erst am 23. Juli nach Berlin (Deutsche Dokumente

Nr. 120). Ebenso seine Drohung: „La politique de la Russie est pacifique, mais pas passive“. Wie wenig passiv diese Politik gewesen ist, zeigen die russischen Machenschaften in Belgrad. Daß sie auch nicht friedfertig war, sollte sich bald herausstellen.

5. Serbiens Antwortnote

Von einer Untersuchung und Bewertung der serbischen Antwortnote kann hier abgesehen werden, zumal 1914 die deutsche Regierung erst spät, am 27. Juli, hierzu Gelegenheit erhielt, also zu einer Zeit, wo die Einzelheiten der serbischen Note gegenüber der Entwicklung der Spannung zwischen Wien und Petersburg viel an Bedeutung verloren hatten. Die Beurteilung war jedenfalls günstig, aber es ist möglich, daß dieses Urteil weniger ein begründetes als ein opportunistisches war, denn am 30. Juli fragte Bethmann Hollweg im Auswärtigen Amt an, „welche Punkte des österreichisch-ungarischen Ultimatums Serbien überhaupt abgelehnt habe“ (Deutsche Dokumente Nr. 421, Anm. 2). Ein eingehender Vergleich der Antwortnote mit dem Ultimatum ist also, falls ein solcher deutscherseits überhaupt vorgenommen wurde, dem Reichskanzler allem Anscheine nach bis dahin nicht vorgelegt worden. Berlin hat sich wohl zunächst mit der Wiener Mitteilung vom 25. Juli, „in der Antwort seien mehrere Punkte unbefriedigend“ (Deutsche Dokumente Nr. 188), zufriedengegeben und dann die österreichische Erläuterung der Note (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 96), die erst am 29. Juli einging (Deutsche Dokumente Nr. 347), nicht weiter nachgeprüft. Ein gewisses Mißtrauen gegen Wien hat aber anscheinend bestanden, denn am 27. Juli telegraphierte Jagow nach Wien: „Bitte umgehend Text der serbischen Antwort drahten“ (Deutsche Dokumente Nr. 246).

Nach Auffassung der Wiener Regierung hat Serbien weder die gestellten Forderungen in der durch die Note vom 23. Juli gesetzten Frist erfüllt, noch in der nachher gelassenen Zeit den Willen bekundet, sich friedlich mit Österreich-Ungarn zu verständigen. Die Antwortnote, die am 25. Juli dem österreichisch-ungarischen Gesandten überreicht wurde, formulierte in den meisten Punkten Vorbehalte, welche den Wert der gemachten Zugeständnisse wesentlich herabdrückten. Die Ablehnung betraf aber gerade jene Punkte, welche nach österreichisch-ungarischer Auffassung einige Garantie für die faktische Erreichung des angestrebten Zweckes enthielten (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 25, Deutsche Dokumente Nr. 400).

Die Kabinette in Petersburg, Paris und London haben wiederholt behauptet, daß sie in Belgrad zur Nachgiebigkeit gegenüber den österreichisch-ungarischen Forderungen geraten hätten. Ein